

Misstände in der ZUE Oerlinghausen

(Stand: Januar 2018)



Im Rahmen des Beschwerdemanagements wurden in den letzten Monaten zahlreiche Beschwerden von Bewohner*innen über mangelhafte Versorgung vorgetragen. Die Anzahl und der Inhalt der Beschwerden sowie deren Ausmaß wurden immer wieder an die zuständigen Stellen kommuniziert. Obwohl das DRK und die Bezirksregierung vor Ort informiert waren, fand häufig keine Abhilfe der Probleme statt und es erfolgte auch keine lösungsorientierte Kommunikation.

Beispiele für wiederkehrende, grundsätzliche Beschwerden, die auf deutliche anhaltende Misstände verweisen, sind:

Versorgung von Kranken und Hilfsbedürftigen: Bewohner*innen melden sich immer wieder bei uns mit der Nachricht, dass ihre gesundheitlichen Leiden bei der Krankenstation nicht ernst genommen werden. Eine Kommunikation mit dem Personal ist oft wegen Sprachbarrieren nicht möglich und dadurch der Zugang zu einem Austausch zwischen Arzt und Patient*innen verschlossen. Immer wieder kommen Bewohner*innen zu uns und berichten, dass der Arzt unangemessene Bemerkungen gemacht hat wie „geh in dein Heimatland und lass dich dort behandeln“, „du musst arbeiten“, „warum bist du hier?“ und Ratschläge wie „du musst Wasser trinken und Sport machen“. Viele Bewohner*innen gehen auch mit Schmerzen nicht mehr zum Arzt, weil der Kontakt als sehr belastend und erniedrigend wahrgenommen wird.

Sicherheit und Schutz: Bewohner*innen (besonders psychisch belastete und Personen mit Kindern) kommen zu uns und berichten davon, dass sie nie zur Ruhe kommen. In der Einrichtung sei es rund um die Uhr laut und es gebe keine Privatsphäre.

Abschiebungen aus der Einrichtung stellen für die Bewohner*innen eine besonders große psychische Belastung dar. Insbesondere für vulnerable Personen mit psychischen Problemen und für Kinder wird es als unerträglich beschrieben, wenn nachts polizeiliche Abschiebungen durchgeführt werden, bei denen Zimmernachbar*innen aus dem Nachbarzimmer oder dem eigenen Zimmer geholt oder Zimmer nach versteckten Personen durchsucht würden.

Hygiene und Sauberkeit: Die Einrichtung ist extrem dreckig. Bewohner*innen (teilweise Personen mit schweren Erkrankungen und Kinder) vermeiden den Besuch in den Sanitärräumen, weil diese so verschmutzt sind, dass eine Benutzung als Zumutung empfunden wird. Wir merken dieses an und weisen auf die Beschwerden hin. Es kommen unangemessene Anmerkungen dazu, dass die Bewohner*innen die Räume ja auch selbst so verschmutzen und eine Reinigung zweimal am Tag wird als „Ziel“ formuliert. Über Monate erfolgt auch hier keine Veränderung.

Geschlossene Kleiderkammer: Bewohner*innen klagen über fehlende Kleidung – besonders bei sinkenden Temperaturen und anhaltendem Regen verfügten viele Personen nicht über ausreichend warme und wetterfeste Kleidung. Die Problematik wird angesprochen, jedoch erfolgt keine Lösung. Selbst der Sicherheitsdienst spricht häufig an, dass bestimmte Grundleistungen nicht ausreichend angeboten werden (z.B. die Schmutzwäscheannahme).

Keine Freizeitangebote/ Aufenthaltsräume: Bewohner*innen klagen darüber, dass sie sich zu Tode langweilen. Es fanden keine Angebote statt, die den Personen in der Einrichtung die Wartezeit verkürzen und den Aufenthalt in der Einrichtung erträglicher machen würden. Wir merken dieses an, jedoch passiert über Monate nichts. Erst mit der Einstellung einer Wirtschaftspsychologin für 6 Monate Ende 2017 wird versucht, die Vorgaben aus der Leistungsbeschreibung ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Kommunikation und Information: Die Kommunikation des DRK und der Bezirksregierung mit den Bewohner*innen erscheint uns häufig nicht transparent zu sein. Terminmitteilungen und Ergebnisse von Arztbesuchen sind für die betroffenen Personen häufig nicht nachvollziehbar. Bei Verlegungen von der EAE in die ZUE können oftmals schon stehende Arzttermine nicht wahrgenommen werden, weil der Termin nicht bekannt war. Immer wieder wenden sich Bewohner*innen an uns, denen Briefe ohne einen Umschlag überreicht wurde oder deren Briefe die Einrichtung scheinbar nicht erreichen und an den Absender zurückgegangen sind, obwohl die betreffende Personen in der Einrichtung wohnen und täglich nach Post gefragt hätten.

Von Seiten der Verfahrensberatung hat sich der Eindruck verfestigt, dass

- die Kommunikation in der Einrichtung durch DRK und Bezirksregierung nicht lösungsorientiert ist,
- die Bedürfnisse der Bewohner*innen sowie die Vorgaben aus der Leistungsbeschreibung, dem Asylgesetz und den geltenden EU- Verfahrens- und Aufnahmerichtlinien nicht ausreichend berücksichtigt werden,
- die nächtlichen Abschiebungen aus der Einrichtung eine unzumutbare Härte insbesondere für Personen mit besonderem Schutzbedarf darstellen,
- der Arzt, der am häufigsten in der Krankenstation arbeitet, in vielen Fällen bei seiner Versorgung den Fokus auf den Asylstatus und das Herkunftsland legt, anstatt auf die medizinische Notwendigkeit einer Behandlung,
- dadurch die Rechte und das Wohlergehen der Bewohner*innen der Einrichtung missachtet und gefährdet werden.

Gerade vor dem Hintergrund der beschleunigten Asylverfahren der Mehrheit der Bewohner*innen und dem sich daraus ergebenden dringenden Handlungsbedarf werden die genannten Missstände eklatant, da:

- besonderem Schutzbedarf in kurzer Zeit Rechnung getragen werden muss
- Atteste in kurzer Zeit vorgelegt werden müssen
- Belehrungen der ZAB zu freiwilliger Ausreise stattfinden, bei denen nicht immer eine Aufsichtsperson der Bezirksregierung anwesend ist und bei denen es nach Aussage der Betroffenen dazu kommt, dass massiver Druck aufgebaut wird, dass Dokumente und Einwände unberücksichtigt bleiben und dass eine Annahme von Schriftstücken verweigert wird.

Solange die genannten Probleme in den Bereichen Versorgung mit Kleidung und Essen, medizinische Versorgung und psychologische Stabilisierung, Sicherheit und Schutz, Hygiene und Sauberkeit, Freizeitangebote, Kommunikation und Transparenz in der Einrichtung nicht angegangen werden, wird die Beratung im Asylverfahren vor Hürden gestellt, die sie nahezu arbeitsunfähig macht.